

Positionspapier

MEHR JOBS FÜR ÖSTERREICH

(Stand: 26. Mai 2016)

Lohnnebenkosten fällen, Körperschaftsteuer stutzen, Beschäftigung kultivieren

Österreich verliert in allen relevanten Standort- und Innovations-Rankings seine gute internationale Position¹. Ein Grund – neben anderen Ursachen wie verabsäumte Bildungsreformen, bürokratische Hindernisse für die Wirtschaft, etc. – ist, dass Arbeitskraft vor allem für junge Unternehmen und Start-ups zu teuer ist. Dabei kämpft Österreich mit hoher Arbeitslosigkeit.

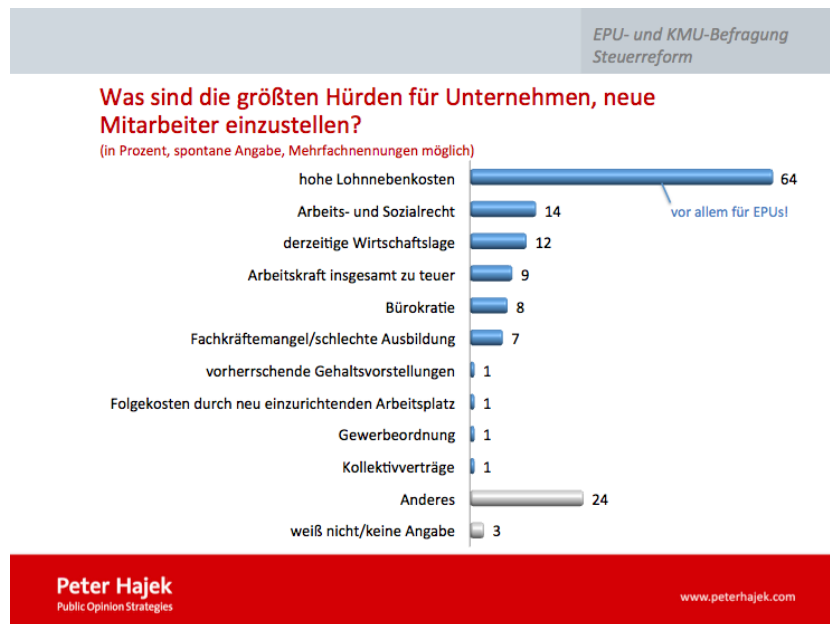
Beschäftigungsimpulse wären also dringend notwendig. In dieser Situation müssen die Rahmenbedingungen endlich so geändert werden, dass Unternehmen wieder mehr Menschen anstellen. Mehr noch: Es müssen Anreize geschaffen werden, dass Unternehmen im Land gehalten werden, die dafür sorgen, dass Österreich auch in den nächsten Jahrzehnten als innovatives Land gilt.

Innovation entsteht sehr oft in kleinen Unternehmen, die der Herausforderung gegenüberstehen, ihre Ideen auch schnell zur Marktreife zu bringen. Wenn die Bedingungen dafür an einem anderen Standort günstiger sind, verlassen heimische Start-ups das Land Richtung Deutschland, USA, UK, usw. Doch gerade diese Unternehmen schaffen, noch stärker als Neugründungen, neue Arbeitsplätze. Für kleine Unternehmen ist jeder zusätzliche Arbeitsplatz mit relativ hohen zusätzlichen Aufwänden verbunden. Eine wirksame Erleichterung wäre eine Senkung der Lohnnebenkosten, die das Nettogehalt nicht

¹ Deloitte Radar 2016; <http://www2.deloitte.com/at/de/seiten/ueber-deloitte/artikel/deloitte-radar.html>

beeinträchtigt, aber dem Unternehmen mehr Anstellungen ermöglicht.

Der Wunsch nach einer derartigen Vergünstigung des Faktors Arbeit ist aber nicht nur auf junge Unternehmen beschränkt, sondern zieht sich als verbindende Forderung durch alle Unternehmensgrößen. Nach einer Umfrage² sehen ca. 2/3 der Unternehmer die Lohnnebenkosten als mit Abstand größte Hürde für Neubeschäftigung.



Doch nicht nur die auswuchernden Lohnnebenkosten sind ein Stein am Weg zu mehr Beschäftigung. Auch die Körperschaftsteuer muss gestutzt werden um den Unternehmen mehr Möglichkeiten zu geben Innovation aufzuforsten und Beschäftigung zu schaffen.

Wir müssen sofort handeln! Die Arbeitslosigkeit grassiert seit Jahren und steuert auf einen neuen Rekordwert von 500.000 Arbeitslosen in Österreich zu!

² Peter Hajek, Juni 2015, n = 300, befragt wurden EPU und KMU bis 99 MA

Lohnnebenkosten fällen

Der wirksamste Hebel für mehr Beschäftigung aus Sicht der Unternehmer_innen, die schließlich auch darüber entscheiden wie viele Menschen sie beschäftigen können, ist eine Lohnnebenkostensenkung. Das ist der wichtigste Impuls für eine positive Wirtschaftsentwicklung, von der alle profitieren würden.

Die von der Regierung angekündigte Senkung der Lohnnebenkosten³ über die Beitragssenkung zum FLAF und zum Insolvenz-Entgelt-Fonds ist nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Einerseits geschieht sie nur zögerlich, andererseits in einem nicht besonders ambitionierten Umfang.

Auch die 2015 und 2016 jeweils mit 100 Millionen budgetierte Senkung der Lohnnebenkosten um jeweils 0,1 Prozentpunkte bringt keine nennenswerte Entlastung für Arbeitgeber. Wirklich spürbar wird eine Reduktion erst im Bereich ganzer Prozentpunkte.

Unser Konzept nimmt hier eine Größenordnung bis zu 5 Prozentpunkten (also eine Senkung um ca. 15%) in Aussicht.

Berechnungsmodell

Es gibt prinzipiell drei Möglichkeiten die Lohnnebenkosten zu senken: streichen, reduzieren und umschichten. Unser Konzept ist eine Kombination aller 3 Herangehensweisen, die in keinem Fall eine Verschlechterung für Arbeitnehmer_innen bedeutet.

In Summe kann die Gesamtbelastung durch Lohnnebenkosten um mehr als 5 Milliarden Euro gesenkt werden. Dieses Maßnahmenbündel macht es möglich:

³ <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/4843284/Lohnnebenkosten-sollen-2017-um-13-Milliarden-sinken>

		Beitragssatz aktuell	NEOS- Vorschlag	LNK-Senkung*	Streichung	Reduktion	Umschichtung
I	Dienstgeber-Beiträge			2205			
1	Unfallversicherung	1,30%	1,00%	360		x	
2	Wohnbauförderungsbeitrag	0,50%	0,00%	500			x
3	DB FLAF	4,50%	3,75%	985		x	
4	KU 2 (Beispiel Wien)	0,40%	0,00%	360	x		
II	Dienstnehmer-Beiträge			750			
5	Wohnbauförderungsbeitrag	0,50%	0,00%	500			x
6	AK-Umlage	0,50%	0,25%	250		x	
	SUMME (ohne Steuerreformkonzept)			2.955			
III	Steuerreformkonzept			2.700			
7	Kommunalsteuer ersetzen	3,00%	3,00%	2.700			x
	SUMME (mit Steuerreformkonzept)			5.655			

* in Millionen EUR

- Einer stetig sinkenden Zahl an Arbeitsunfällen (und damit sinkendem Aufwand pro Versichertem) stehen aufgrund zunehmender Beschäftigtenzahlen laufend steigende Beiträge gegenüber⁴. Alleine aus dieser Entwicklung ergibt sich die Möglichkeit einer problemlosen Senkung des UV-Beitrages.
- Der Wohnbauförderungsbeitrag ist als lohnabhängige Abgabe fehlkonstruiert. Mangels Zweckwidmung kommen die Gelder in vielen Bundesländern gar nie im Wohnbau an.
- Familienfremde Leistungen sollen aus dem FLAF entfernt werden. Das bedeutet nicht, dass es diese Leistungen nicht mehr geben soll. Die Leistungen sollen nur dort finanziert werden, wo sie einerseits anfallen bzw. geleistet werden und andererseits auch die rechtlichen und strategischen Grundlagen zur Mittelverwendung gemacht werden. (Mutter-Kind Pass, Schulbuchaktion, Schüler-Lehrlingsfreifahrt)
- Sowohl die Wirtschafts- als auch die Arbeiterkammer schwimmen im Geld. Dennoch sind sie gerade in den eigenen Strukturen nicht bereit sich zu reformieren.

⁴ Seit 1990 ist die Zahl der Arbeitsunfälle um 40%, die der tödlichen Arbeitsunfälle um 50% gesunken. Seit 2004 ist beispielsweise die Zahl der erwerbstätigen Versicherten um 13,5% gestiegen, während die Zahl der Arbeitsunfälle um mehr als 10% gesunken ist. Die Anzahl der Rentenleistungsbezieher_innen aus der Unfallversicherung geht parallel dazu über die Jahre leicht zurück.

- Die AK-Umlage soll ab 2016 innerhalb von 5 Jahren halbiert werden, sodass die Einnahmen wieder auf das Niveau von 2004 zurückgeführt werden können.
- NEOS fordert die Umschichtung der Kommunalsteuer. Der Einnahmenentfall wird durch die Einführung von landes- und gemeindeeigenen Steuern (in Form eines Zuschlages zur Einkommensteuer) abgegolten – Länder und Gemeinden gewinnen so Spielraum: Sie entscheiden – bis zu einer Obergrenze – selbst, welche Steuersätze sie zusätzlich einheben.

Was bringt diese Lohnnebenkosten-Senkung?

Eine Entlastung nach obenstehender Rechnung in vollem Ausmaß, das sind rund 5,6 Milliarden Euro würde eine Reduktion um ca. 15% (d. h. 4,9 Prozentpunkte ergeben), aber auch ohne Steuerreform ist eine Senkung um 6% (d. h. 2,2 Prozentpunkte) möglich.

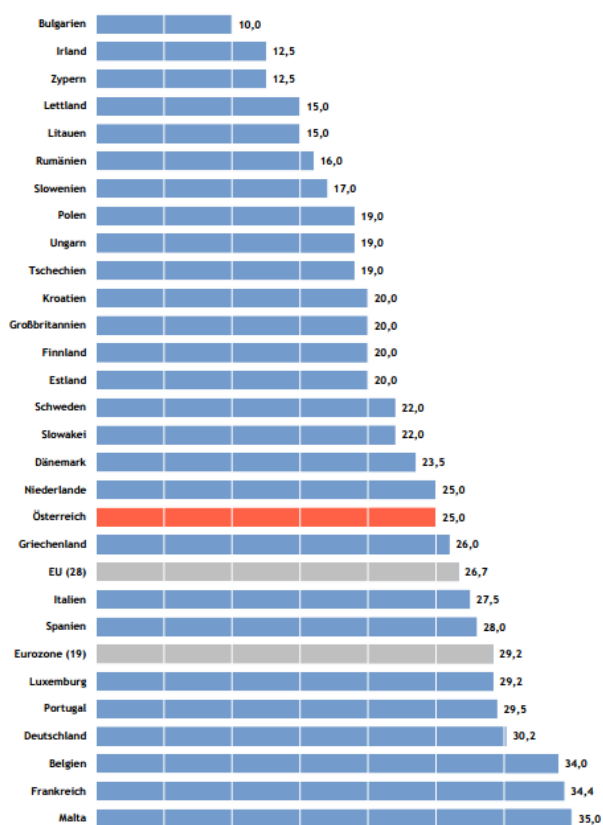
Diese Entlastung schafft rechnerisch Spielraum für 78.000 Arbeitsplätze⁵.

⁵https://www.sozialministerium.at/cms/site/attachments/2/8/1/CH2081/CMS1446206970771/151030_arbeitsmarktgifpel.pdf Berechnung der Bundesregierung, € 1 Mrd. Senkung bedeutet 14.000 Arbeitsplätze

Körperschaftsteuer stutzen

Im Gegensatz zur Einkommensteuer, die natürliche Personen betrifft, bezieht sich die KSt (aka KöSt) auf juristische Personen, ist quasi die Einkommensteuer juristischer Personen. Ein Unternehmen hat die KSt also dann zu entrichten, wenn es von juristischen Personen geführt wird. Die Körperschaftsteuer wird vom Einkommen berechnet, das nach den einkommensteuerrechtlichen Bestimmungen ermittelt wird, wobei alle Einkünfte den Einkünften aus Gewerbebetrieb zugerechnet werden. Im Gegensatz zur Einkommensteuer ist die Körperschaftsteuer nicht als progressiv gestaffelter Tarif ausgestaltet, sondern als linearer Tarif von 25 Prozent.

KÖRPERSCHAFTSTEUERSÄTZE 2015 *
im EU-Vergleich
Höchstsätze in Prozent



* Höchstsätze
EU-Aggregate: gewogener Durchschnitt (BIP 2014)

Quelle: OECD, Bundesfinanzministerium

Österreich befindet sich derzeit mit der Höhe des Körperschaftsteuersatzes im europäischen Mittelfeld. Andererseits befindet sich Österreich am absteigenden Ast, wenn es um die Wettbewerbsfähigkeit oder um die Arbeitslosigkeit handelt. Österreich ist eines von nur 4 europäischen Ländern, in dem die Arbeitslosenrate weiter steigt.⁶

Mit einer Senkung der KSt würde die Wettbewerbsfähigkeit Österreich steigen, weniger Betriebe würden absiedeln, mehr Betriebe würden ansiedeln und die Beschäftigung würde steigen.

Berechnungsmodell und Vorschlag

Die KSt beträgt seit 01.01.2005 in Österreich 25%. Davor betrug dieser 34%. Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer haben sich wie folgt entwickelt:

Jahr	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
in Mio. €	2041	3053	3397	3787	3247	3865	6235

Jahr	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
in Mio. €	4559	4579	4963	5082	5229	6094	6335

Jahr	2009	2010	2011	2012	2013	2014
in Mio. €	4177	4978	5582	5835	6377	6359

Eine Senkung um 1% der Körperschaftsteuer würde maximal € 250. Mio. an Steuerentfall bedeuten. Man sieht deutlich, dass die Reduktion des KSt-Steuersatzes 2005 nicht wie befürchtet zu einem Steuerentfall geführt hat sondern im Gegenteil das Aufkommen durch die KSt gestiegen ist.

Natürlich ist hier zu beachten, dass das Jahr 2005 eine Hochkonjunkturphase war.

⁶ <http://orf.at/stories/2332456/>

⁷

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/wirtschaft/oeffentliche_finanzen_und_steuern/oeffentliche_finanzen/steuereinnahmen/index.html

Unser Vorschlag ist eine Senkung der Körperschaftsteuer von 25% auf 12,5% auf nicht entnommene Gewinne. Entnommene Gewinne sollen wie bisher mit dem Regelsteuersatz von 25% versteuert werden.

Da diese Regelung nur den reduzierten Steuersatz von 12,5% bei nicht entnommenen Gewinnen vorsieht, ist davon auszugehen, dass nicht 100% der Unternehmer diese Regelung in Anspruch nehmen werden.

Falls doch 100% der Unternehmen diese Regelung annehmen würden, bedeutet das ein Mehraufkommen von Investitionen durch Unternehmen in der Höhe von € 3 Mrd.

Was bringt diese Senkung der Körperschaftsteuer

Diese Regelung führt direkt zu mehr Investitionen und mehr Beschäftigung, da der vergünstigte Steuersatz nur für nicht entnommene Gewinne zählt. Darüber hinaus würde die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs steigen, Betriebsabsiedelungen würden zurückgehen, Betriebsansiedelungen würden zunehmen und die Eigenkapitalquote der Unternehmen würde verbessert werden.

Zusammenfassung Mehr Jobs für alle

Lohnnebenkosten fällen, Körperschaftsteuer stutzen – Beschäftigung kultivieren

Die dringendste Aufgabe, mit der sich Österreich konfrontiert sieht, ist es, die auswuchernde Arbeitslosigkeit zu beschneiden. Wir haben eine Rekordarbeitslosigkeit von bald 500.000 Personen in Österreich!

Beide Maßnahmen zielen darauf ab, den Unternehmen eine Möglichkeit in die Hand zu geben, um Beschäftigung zu kultivieren. Nicht die Politik schafft die Arbeitsplätze, sondern die Unternehmen. Die Politik kann nur die Hindernisse ausholzen.